

GIRLS' DAY 2003

Kurbelwelle statt Dauerwelle



In der Grenzregion konnten Mädchen am Girls' Day 2002 auch Labors besuchen. (Foto: Fraunhofer ITC)

Jungen werden Baggerfahrer, Programmierer oder Professoren. Mädchen werden Friseurin, Sekretärin oder Grundschullehrerin. Der Girls' Day 2003 will am 8. Mai mit diesen Klischees aufräumen und Mädchen für atypische Berufe begeistern.

"Les filles en avant!" lautet das Motto des zweiten Girls' Day, der am 8. Mai diesen Jahres in Luxemburg stattfindet. Der Startschuss ist gefallen, das Fraueninformations- und Dokumentationszentrum Cid-femmes, das den Girls' Day koordiniert, hat in einer Pressemitteilung und mit Briefen Betriebe, Verwaltungen und Organisationen im ganzen Land dazu aufgerufen, an jenem Tag ihre Türen für interessierte Mädchen zu öffnen. Vor allem im Technik- und Kommunikationsbereich werden noch Praktikumsplätze gesucht.

"Die Sache nimmt Gestalt an", sagte Christa Brömmel auf Nachfrage der woxx. Die zuständige Koordinatorin des Cid-femmes rechnet dieses Jahr mit mehr TeilnehmerInnen als noch im Vorjahr, "unsere Initiative spricht sich allmählich herum". Im vergangenen Jahr, beim ersten Girls' Day, hatten 26 Mädchen im Alter von 13 bis 18 Jahren an der Aktion teilgenommen. Im Angebot: 85 Plätze in 13 Betrieben, von Autowerkstätten (so sie denn über Frauenklos verfügten) bis hin zu den "Services du Géomètre", also mehr, als

von den Mädchen tatsächlich genutzt wurden. Für dieses Jahr gilt es deshalb, den "Mädchenzukunftstag", wie er in Deutschland genannt wird, insbesondere unter den Schülerinnen bekannter zu machen. Die erste Hürde wurde auch schon genommen. Anders als im Vorjahr ist das Unterrichtsministerium - neben den Gewerkschaften OGBL und LCGB, welche die Initiative finanziell und mit diversen Kontakten zu Betriebsräten und betrieblichen Gleichstellungsbeauftragten fördern - als Partner mit von der Partie.

OGBL, LCGB und MEN mit dabei

"Wir unterstützen den Tag, in dem wir die Schulleitungen und die Lehrgewerkschaften auf fordern, das Projekt bekannt zu machen", sagt Chantal Fandel, zuständige Sachbearbeiterin des Unterrichtsministeriums, gegenüber der woxx. Zudem soll für den Girls' Day auch auf der haus-eigenen Website und in verschiedenen Publikationen geworben werden. Auch finanziell beteiligt sich das Unterrichtsministerium an der Initiative, es übernimmt Druck- und Materialkosten, die dem Cid-femmes im Rahmen der Mobilisierung entstehen, und LehrerInnen, die sich für das Projekt engagieren wollen, bekommen ihre Überstunden weitgehend ersetzt.

"Wir haben ähnliche Ziele", erklärt Fandel das diesjährige Engagement. Im vergangenen Jahr habe man sich noch nichts darunter vorstellen können, aber nun, nach der ersten positiven Bilanz des Cid-femmes, wolle man sich verstärkt am Girls' Day beteiligen. Immerhin gehe es darum, so Fandel, Schule und Betriebe zusammenzubringen. Eine Erkenntnis, die wohl auch daher rühren dürfte, dass die Zahl der Jugendlichen, die nach dem Schulabschluss keinen Arbeitsplatz bzw. keine Lehrstelle finden, auch hierzulande steigt.

Erstaunlich bleibt vor diesem Hintergrund allerdings, dass sich der Arbeitsminister bisher noch nicht zum Girls' Day geäußert hat. Überhaupt scheint es Kommunikationsprobleme zu geben: Den Brief, den das Cid-femmes vor Wochen ans Arbeitsministerium verschickte, hat das der Behörde unterstellte Arbeitsamt ADEM jedenfalls nicht erhalten. Deren Frauenbeauftragte Karin Meyer ist der Initiative gegenüber zwar grundsätzlich aufgeschlossen, wartet aber noch bis heute auf Details.

Offenbar ist die ADEM-Mitarbeiterin aber nicht die einzige, die sich einen besseren Informationsfluss wünscht. Ähnliches ist auch von einigen Unternehmen zu hören. Und sogar in den angeschriebenen Verwaltungen größerer Gemeinden scheint der Mädchentag noch nicht sehr geläufig zu sein. Reaktionen wie in Bettemburg oder Sanem, wo auf Nachfrage sofort an die Gleichstellungsstelle weitervermittelt wird und diese fachkundig Rat geben kann, sind noch relativ selten. Offenbar wurde mal das entsprechende Informationsmaterial nicht oder spät weitergeleitet, mal fehlten AnsprechpartnerInnen oder einfach das nötige Interesse. Darum sollen, so fern bekannt, verstärkt Frauen und Frauenbeauftragte in den Verwaltungen und Betrieben angesprochen werden und es soll -

bei ausbleibender Antwort - telefonisch nachgehakt werden. Viel Arbeit für die zuständige Cid-Koordinatorin, die lediglich eine Teilzeitstelle innehat.

Landesweit und grenzenlos

Wichtige Verstärkung bekommt die Initiative nun aus dem Süden: Das Gleichstellungsbüro der Stadt Esch/Alzette übernimmt die Organisation des Girls' Days im Escher Raum. "Wir haben schon mehrere Zusagen von Escher Lyzeen", berichtet Nicole Jemming. Die städtische Mitarbeiterin hat neben Schulen, dem Jugendhaus und den schulpseudologischen Diensten auch etwa 90 Unternehmen, unter ihnen männerdominierte Bereiche wie Schreinereien, Malerbetriebe, technische Verwaltungsbereiche und Baufirmen, kontaktiert - erste interessierte Rückfragen und Angebote, zum Beispiel vom im Esch ansässigen nationalen Institut für berufliche Weiterbildung CNFPC, hat sie schon.

"Ich denke, das ist ein wichtiges Thema und ein echter Beitrag zur Chancengleichheit", erklärt Jemming ihre Motivation. Gewünschter Nebeneffekt: Das erst vor kurzem eingerichtete Escher Gleichstellungsamt knüpft erste Kontakte zu wichtigen sozialen AkteurInnen in der Region.

Die Nachbargemeinde Sanem wird am 8. Mai wahrscheinlich nicht dabei sein: Sanem hat keine Lyzeen, die meisten SchülerInnen zwischen 13 und 17 Jahren gehen in Esch zur Schule und profitieren deshalb vom Escher Engagement. Ein Engagement, das die Sanemer Frauenbeauftragte Jeannine Kettmann-Schumann in jedem Fall unterstützt. Ihre Gemeinde plant für Juni diesen Jahres eine ähnliche Aktion, um Mädchen und Jungen für eine "klischeefreie" Berufswahl zu sensibilisieren.

Und noch eine Besonderheit hat der diesjährige Girls' Day, der sich übrigens stark am deutschen Vorbild orientiert: Dieses Mal wird grenzüberschreitend zusammengearbeitet. So ist der Cid-femmes im Arbeitskreis Verbundstelle Trier mit dabei. Erstmals sollen Mädchen Einrichtungen in der Grenzregion besuchen können: etwa die Trierer Uni, die mit dem Frauen-Mentoring-Projekt "Ada Lovelace" vor allem im hochqualifizierten IT-Bereich über wertvolle Kontakte und Informationen verfügt. Die Kooperation ist freilich keine Einbahnstraße. Angesichts der eher zögerlichen Rückmeldungen von Unternehmen aus dem Trierer Raum freuen sich die dortigen Girls' Day-Organisatorinnen, ihre Schülerinnen auch nach Luxemburg vermitteln zu können.

Ines Kurschat

Unternehmen, die sich für den Girls' Day interessieren, können sich unter www.girls-day.lu informieren oder bei Christa Brömmel, Tel: 24 10 95-1 bzw. cbroemmel@cid-femmes.lu melden.

Betriebe aus Esch wenden sich bitte an Nicole Jemming, Tel: 54 73 83-591 oder Nicole.Jemming@VILLEESCH.lu.

Euthanasie: les parlementaires en désaccord

C'est de justesse qu'une résolution commune Verts-Socialistes sur la dépénalisation de l'euthanasie active a raté, mercredi, le score nécessaire à son adoption. Face à cette résolution, présentée dans le cadre du débat d'orientation préparé par la commission parlementaire spéciale "éthique", le groupe libéral avait autorisé ses membres à voter selon leur conscience, alors que le CSV et l'ADR campaient sur leur position conservatrice. Mais le vote, qui s'annonça serré, réserva quelques surprises: côté socialistes, ce fut Jos Scheuer qui s'abstenait, chez l'ADR, il y eut un vote positif. Mais si la résolution a finalement été refusée, c'est surtout dû aux absents: chez le groupe libéral, Jean-Paul Helminger et Jeannot Belling furent absents et ne votèrent pas par procuration, alors que Serge Urbany de la Gauche n'assistait pas non plus à la séance. Ce furent ces trois votes qui auraient pu faire basculer la majorité de 28 contre 27 et une abstention. Mais le débat parlementaire sur l'euthanasie n'en est pas clos pour autant: La discussion sur l'introduction d'un testament de fin de vie s'annonce déjà, et la proposition de loi Huss-Err sur la dépénalisation de l'euthanasie attend également d'être mise sur le métier.

Kronospan auf Vormarsch

Das Ausbauprojekt der Firma Kronospan in Sanem hat bekanntlich einmal mehr den Protest der UmweltschützerInnen hervorgerufen. Was sich die Firma leiste, sei ein dicker Hund, so der Méco in einer Stellungnahme. Für den geplanten Ausbau fehlten nötige Genehmigungen. Was denn das Umweltministerium dazu sage, wollte Jean Huss (Déi Gréng) Ende Januar in einer parlamentarischen Anfrage wissen. "Considérant que les pièces de l'enquête publique font défaut et qu'une décision ne peut être prise en l'occasion", würde sich das Ministerium in der Sache jetzt nicht äußern, so die lapidare Antwort, die seit Montag vorliegt.

Was die früheren Genehmigungen angehe, so das Ministerium weiter, sei soweit alles in Ordnung. Allerdings würde es den Rahmen einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage sprengen, zu untersuchen, ob tatsächlich alle Gesetze eingehalten wurden. Die letzte Emissionskontrolle im April 2002 habe aber keinerlei Grenzwertüberschreitungen gezeigt. Und seit der Inbetriebnahme der neuen Entrindungsmaschine im September letzten Jahres sei auch die Lärmbelastung auf den vorgeschriebenen Wert reduziert worden.

Die Vorgehensweise der Firma Kronospan steht "in der art krassem Widerspruch zum Gesetz", dass "die Prozedur schlichtweg annulliert werden muss", meint hingegen der Méco und hat Einspruch gegen das Ausbauprojekt eingereicht.

Kein Nein zu GATS

"Das Europaparlament hat eine wertvolle Chance verpasst, eine klare Absage an das Projekt der EU-Kommission, weitere Teile des europäischen Sozialmodells auszuhöhlen, zu erteilen." Zu diesem Urteil kam der Luxemburger Abgeordnete Claude Turmes am Mittwoch in Straßburg, kurz nachdem das EP eine Resolution zum "General Agreement on Trade in Services" (GATS) verabschiedet hatte. Und: Es seien die Luxemburger Abgeordneten Flesch, Lulling und Santer gewesen, die eine politische Mehrheit zum besseren Schutz der öffentlichen Dienste verhindert hätten. Sie nämlich haben nicht mit Ja gestimmt, als es um die Aufnahme einer Gewerkschaftsforderung in den Text ging: Die Gewerkschaften hatten von der Kommission verlangt, dafür zu sorgen, dass die nationalen Regierungen ihre hoheitliche Gewalt weiterhin so uneingeschränkt wie möglich bei öffentlichen Dienstleistungen ausüben können. Auch in Sachen Liberalisierung der Wasserwirtschaft habe das Parlament es versäumt, klare Grenzen zu ziehen, so Turmes in einer Presseerklärung.

